

07.05.2024

Antrag

der Fraktion der SPD

Stahl ist Zukunft. Und die gehört zu NRW!

I. Hintergrund

Am Freitag, den 26. April 2024, verkündete der Konzernvorstand der Thyssenkrupp AG den Teilverkauf von zunächst 20 Prozent der Anteile der Stahlsparte thyssenkrupp Steel an die EP Corporate Group a.s. (EPCG) des tschechischen Investors Daniel Kretinsky. Erst wenige Stunden zuvor war darüber die Mitbestimmung informiert worden.¹ Perspektivisch soll der Anteil auf 50 Prozent erhöht werden. Ob durch diesen Einstieg des Investors dem immensen Investitionsbedarf der Transformation der Stahlproduktion für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Zukunft überhaupt begegnet wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt fraglich. Am 23. Mai soll voraussichtlich der Aufsichtsrat in Essen über den Investoren-Einstieg abstimmen.

Bereits zuvor war seitens des Unternehmensvorstands eine Anpassung des Produktionsziels im Sinne einer Verringerung des jährlichen Produktionsvolumens von 11,5 Mio. Tonnen auf 9 - 9,5 Mio. Tonnen Stahl als betriebliche Notwendigkeit kommuniziert worden, deren Konsequenzen auf Standorte, Produktionsanlagen und Arbeitsplätze bisher nicht öffentlich gemacht wurden. Dies sorgt bei der Belegschaft von thyssenkrupp Steel, bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) sowie in der Stahlbranche insgesamt für große Verunsicherung.

In der Stahlindustrie im Land sind bis zu 45.000 Beschäftigte in mitbestimmten, tarifgebundenen und damit gut bezahlten Arbeitsverhältnissen tätig. 27.000 sind allein bei thyssenkrupp Steel beschäftigt, davon rund 13.000 in Duisburg. Darüber hinaus sind für die regionalen Ausbildungsmärkte die Ausbildungswerkstätten mit hauptberuflichen Berufsausbilderinnen und Berufsausbildern essenziell. Denn hier erhalten junge Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung und die Chance auf eine gute und langfristige berufliche Perspektive. An einem Industriearbeitsplatz hängen mindestens drei weitere Stellen und die Familien der Beschäftigten. Produktionseinbrüche und eine unsichere Unternehmensperspektive bedeuten unkalkulierbare Negativeffekte in den Wertschöpfungsketten. Beispielsweise ist thyssenkrupp Steel mit 50 Prozent direkt an HKM in Duisburg beteiligt, die 3.100 Beschäftigte zählen. Ein ganzheitliches Konzept für alle Stahlstandorte tut Not und ist von der Landesregierung politisch nicht nur einzufordern, sondern aktiv im Rahmen ihrer bisher nicht ausgeschöpften Möglichkeiten herbeizuführen. Hierzu fordern wir seit Jahren einen Stahl-Gipfel von der Landesregierung ein. Die verschiedenen Standorte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen am Standort und wettbewerbsfähig zu halten. Nur so kann die Transformation zum

¹ https://rp-online.de/nrw/panorama/thyssenkrupp-tausende-stahlkocher-kaempfen-in-duisburg-um-ihre-jobs_aid-111629453

nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Industriestandort gelingen. Andernfalls fiele eine tragende Säule der industriellen Basis und für die Energiewende weg: Vom Bau der Windkraftanlagen über die Aufständigung von PV-Anlagen bis zum Ausbau der Leitungsinfrastruktur ist Stahl wesentlicher Bestandteil.

Das zeigt: Stahl ist Zukunft. Stahl ist aus Gründen der Energiesouveränität systemrelevant: Nur wenn kritische Infrastruktur, Fachwissen und Fertigkeiten der tarifgebundenen Beschäftigten und ihrer Produktion nicht aus der Hand gegeben werden, können wirtschaftliche bis hin zu geopolitischen Abhängigkeiten auch von autokratischen Staaten vermieden werden.

Was aber ist der Beitrag der Landesregierung, den Stahlstandort zu sichern? 2023 wurde die größte Landesförderung der Geschichte Nordrhein-Westfalens für das Projekt tkH2Steel² in Höhe von rund 700 Millionen Euro gewährt, die um den größeren Anteil der Bundesmittel ergänzt insgesamt knapp 2 Mrd. Euro beträgt. Ziel ist die Dekarbonisierung hin zur grünen Stahlproduktion durch den Bau einer eigens konzipierten Direktreduktionsanlage, die mittels Wasserstoffs statt Kohle das Roheisen produziert. Eine Anlage ersetzt einen von vier kohlebasiereten Hochöfen. Der Anschub ist dadurch finanziell abgesichert, doch bis 2045 liegen allein die Kapitalkosten der Transformation der Stahlsparte bei mindestens 8 Mrd. Euro, die der Konzern in einem schwierigen Marktumfeld nicht allein finanzieren kann. Abgesehen von diesem zusätzlichen ungedeckten Kapitalbedarf stellt sich die Frage, ob die massive staatliche Unterstützung des Unternehmens nun mit einem massiven Arbeitsplatzabbau einherzugehen droht und welche Rolle die Landesregierung dabei einnimmt.

„Ich erwarte, dass die Unternehmensführung einen Zukunftsplan aufstellt, der sich an der erfolgreichen Tradition unseres Landes orientiert: Einbindung der Mitbestimmung, enges Miteinander zwischen den Sozialpartnern“, so Ministerpräsident Hendrik Wüst am 30. April 2024 anlässlich der Proteste der Beschäftigten vor der Duisburger Hauptverwaltung des Konzerns.³ Auch sein Arbeitsminister Karl-Josef Laumann betonte dort, in NRW sei soziale Marktwirtschaft Staatsräson. Das erwarte man auch von Thyssenkrupp. „Ihr könnt euch auf uns verlassen“, versprach Laumann.⁴

Gemessen an diesen Aussagen bestehen Zweifel, welche Handhabe die Landesregierung hat, diese Versprechen einzulösen. Vielmehr scheint es, als habe die Landesregierung mit alleinigem Fokus auf die Signalwirkung und ökologische Ziele jegliche soziale Absicherung der Unternehmensförderung außer Acht gelassen.

Im Wirtschaftsausschuss des Landtags war dies schon im August 2023 kurz nach der Förderzusage Thema, als bereits der Unternehmensvorstand der Thyssenkrupp AG Jobstreichungen angekündigt hatte und einen weiteren Stellenabbau nicht ausschloss.⁵ Die Sprecherin des zuständigen Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie betonte im Ausschuss auf die Frage nach der Sozialbindung der Unternehmensförderung: „Insofern muss man hier zwei Dinge klar voneinander trennen. Wir fördern ein Zukunftsprojekt mit tkH2Steel, das 45.000 Arbeitsplätze in Duisburg und zehntausende Arbeitsplätze in nachgelagerten und vorgelagerten Wertschöpfungsketten erst zukunftsfähig machen kann. Die Restrukturierung, die thyssenkrupp schon seit Jahren erforderlicherweise vollzieht, läuft extrem sozialverträglich

² <https://www.wirtschaft.nrw/habeck-und-neubaur-foerderzusage-fuer-2-milliarden-euro-fuer-groesses-dekarbonisierungsprojekt>

³ <https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/wuest-fordert-von-vorstand-einbindung-der-arbeitnehmer-19688292.html>

⁴ https://rp-online.de/nrw/panorama/thyssenkrupp-tausende-stahlkocher-kaempfen-in-duisburg-um-ihre-jobs_aid-111629453

⁵ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/plan-des-neuen-chefs-thyssenkrupp-soll-sparen-und-effizienter-sein-19094240.html>

und in Abstimmung mit den Gewerkschaften ab. Wir gehen fest davon aus und erwarten auch von thyssenkrupp, dass dies weiterhin ebenso sozialverträglich fortgeführt wird. Ich möchte noch einmal betonen: Die Förderung von thyssenkrupp Steel hat keine direkte Bezugnahme auf den Erhalt von Arbeitsplätzen.“⁶

Staatssekretärin Silke Krebs wiederum verwies auf die EU-Ebene und die Rahmensetzung der IPCEI-Förderungen zur Dekarbonisierung von Stahl: „Insofern waren unsere Möglichkeiten, spezielle Bedingungen dort hineinzuformulieren, gleich null. Das ist ein Programm, dessen Rahmen wir nicht definieren.“⁷

Diese Aussagen lassen darauf schließen, dass es keine rechtlich bindende Vereinbarung gibt und ansonsten vor allem an den guten Willen und die moralische Verantwortung des Unternehmens appelliert wird. Das alleine wäre verantwortungslos.

In einem Interview mit der Rheinischen Post vom 2. März 2024 vermittelte Wirtschaftsministerin Mona Neubaur wiederum ein gegenteiliges Bild. Das Land habe Bedingungen gestellt. Sie appellierte an den Konzern, eine Zusage zu Standortbedingungen zu erhalten. Diese mögliche Zusage ist jedoch nicht transparent. Auf die journalistische Nachfrage, ob bei Missachtung der Zusage eine Auszahlung der Fördergelder rechtlich noch zu stoppen sei, betonte die Ministerin: „Ich sehe keine Notwendigkeit, hier zu spekulieren. Aber selbstverständlich sind bei der Fördervergabe Vorkehrungen getroffen worden, die bestimmte Möglichkeiten zulassen.“⁸

Die Landesregierung muss darüber Rechenschaft ablegen, welche Standort- und Beschäftigungszusagen der Konzern für den Erhalt der Förderung abgegeben hat und wie sie diese derzeit und zukünftig einfordert. Andernfalls kann der Eindruck bleiben, dass die aktive Industriepolitik der Landesregierung allein ausmahnenden und machtlosen Worten besteht.

Daniel Kretinsky als einsteigender Investor und die Thyssenkrupp AG müssen jetzt Verantwortung übernehmen: betriebsbedingte Kündigungen und Standortschließungen ausschließen, Tarifverträge und Vereinbarungen einhalten und das wesentliche Kapital des Unternehmens, seine Beschäftigten, wertschätzen.

Die Landesregierung steht in der Verantwortung, ihre zugesagte 700-Millionen-Förderung nicht in den Kamin zu blasen, sondern die sachgemäße Mittelverwendung zu überwachen und zu begleiten. Transformation bedeutet für die SPD-Fraktion einen Mehrwert generierenden Wandel, der neue Wertschöpfung, soziale Sicherheit und ökologischen Fortschritt verbindet. Transformation bedeutet für die SPD-Fraktion tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Die Landesregierung muss unter Beweis stellen, dass sie Klimaneutralität nicht über die Subventionierung von Deindustrialisierung erreichen will. Um dies sicherzustellen, sind soziale Förderbedingungen unerlässlich. Auch eine Beteiligung des Landes am Unternehmenskapital der thyssenkrupp Steel Europe AG ist daher möglich, um aktiv Einfluss zu nehmen, Garantien zu erhalten und nicht vom Spielfeldrand zuzuschauen. Diese Forderung erhob die SPD-

⁶ Protokoll der 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 16. August 2023, Apr 18/301, unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMA18-301.pdf>, S. 17.

⁷ Ebd., S. 24, sowie auf S. 25 Zitat von Staatssekretärin Krebs: „... haben aber nicht die Möglichkeit, in den konkreten Förderantrag reinzuschreiben: Du kriegst das Geld nur, wenn du alle Arbeitsplätze erhältst.“

⁸ https://rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-wirtschaftsministerin-mona-neubaur-macht-druck-auf-ha-beck_aid-108057931

Fraktion bereits mehrfach im Landtag Nordrhein-Westfalen u. a. in ihren Anträgen 17/11676⁹ (2020) und 17/17027¹⁰ (2022). Vorausschauende Industriepolitik der Landesregierung hätte zu diesen Zeitpunkten bereits die richtigen Weichen stellen können.

Schließlich sind neoliberale Angriffe auf das Streikrecht in der politischen Arena¹¹ als unverantwortlich zu unterlassen: Sie legitimieren indirekt ein solches Vorgehen wie der Unternehmensführung der Thyssenkrupp AG und öffnen dem Ausschluss der Beschäftigten in der Transformation Tür und Tor.

Die veränderte und unruhige Lage für die Stahlbeschäftigten braucht jetzt aktives Handeln und einen Zukunftsplan seitens der Verantwortlichen in Landesregierung und Konzernführung.

II. Der Landtag stellt fest,

- dass die demokratischen Fraktionen des Landtags in ungeteilter Solidarität an der Seite des Betriebsrates und der Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie stehen.
- dass in dieser Phase der Verunsicherung die Beschäftigten von thyssenkrupp Steel in einem transparenten Prozess gemäß den betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsrechten und einer gelebten Sozialpartnerschaft umfassend über die Bedingungen des Verkaufs informiert werden und besser und aktiver als bisher durch die Unternehmensführung bei allen weiteren Schritten eines angekündigten Stellenabbaus aufgrund einer Verringerung des Produktionsvolumens über die Mitbestimmung eingebunden werden müssen.
- dass bestehende tarifliche Vereinbarungen eingehalten werden müssen. Darüber hinaus sind auch über das Jahr 2026 betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und Standortgarantien zu geben.
- dass die Standortsicherung der Stahlindustrie im Land als Teil einer kritischen Infrastruktur für die Energiewende und die Energiesouveränität strategische Bedeutung hat und einer aktiven Industriepolitik des Landes bedarf.
- dass die Bereitstellung öffentlicher Gelder des Landes zur Unterstützung der sozial-ökologischen Transformation von Unternehmen nicht allein an einen ökologischen Zielwert, sondern auch Kriterien der Wirtschaftlichkeit und der sozialen Nachhaltigkeit und Verantwortung wie Standort- und Arbeitsplatzsicherung gebunden werden muss.

⁹ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-11676.pdf>

¹⁰ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-17027.pdf>

¹¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/Mittelstandunion-fordert-Arbeitskampfgesetz-100.html>

III. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

- bis zum Juli 2024 unter Beteiligung der Tarifpartnerinnen und Tarifpartner aller Stahlstandorte in Nordrhein-Westfalen einen Stahl-Gipfel auszurichten, um mit breitem Rückhalt der demokratischen Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen einen gemeinsamen Weg zum Erhalt und zur Modernisierung der Stahlproduktion sowie der Sicherung der Standorte und Arbeitsplätze im Land zu erörtern und zu verabreden.
- in Gesprächen mit thyssenkrupp und durch ihren Einfluss in der Krupp-Stiftung ein tragfähiges industrielles Transformations- und Zukunftskonzept unter Einbeziehung der HKM einzufordern, dass eine weitgehende Standort-, Beschäftigungs- und Anlagensicherung für die thyssenkrupp Steel Europe AG und HKM sicherstellt.
- transparent dem Landtag darzulegen, welche vertraglichen Vereinbarungen oder sonstigen Förderauflagen die Landesregierung für den Arbeitsplatzertand und die Standortsicherung der Produktionsstandorte von thyssenkrupp Steel zur Bedingung für die größte Landesförderung der Geschichte i. H. v. 700 Millionen Euro aus öffentlichen Geldern für das Projekt tkH2Steel gemacht hat.
- künftig jegliche Bereitstellung von Landesmitteln zur Förderung des Wirtschaftsstandortes NRW auch an Faktoren wie Arbeitsplatzertand und Standortsicherung zu koppeln.
- den Erwerb einer substantiellen Beteiligung des Landes NRW am Unternehmenskapital der thyssenkrupp Steel Europe AG zu prüfen.
- eine mögliche Landesbeteiligung an thyssenkrupp Steel zur Erarbeitung einer Unternehmensstrategie zur Erhaltung und nachhaltigen Modernisierung der nordrhein-westfälischen Stahlproduktion unter enger Einbeziehung der Mitbestimmung des Konzerns zu nutzen.
- sich aufgrund der hohen Investitionen des Landes NRW in die thyssenkrupp Steel Europe AG dafür einzusetzen, einen Sitz der Anteilseignerseite im Aufsichtsrat zu besetzen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Alexander Vogt
Lisa-Kristin Kapteinat
Sarah Philipp
André Stinka
Lena Teschlade

und Fraktion